Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 19

Artikel: Die Intervention in der Tschechoslowakei : politische Konsequenzen für die Schweiz

Autor: Kopp, Hans W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076577

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Intervention in der Tschechoslowakei

Politische Konsequenzen für die Schweiz

Von Dr. Hans W. Kopp, Präsident des Schweizerischen Aufklärungs-Dienstes

Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei, die in der Nacht vom 20. auf den 21. August durch den Einmarsch von Truppen des Wauschauer Paktes ihren Auftakt nahmen, hat der Schweizerische Aufklärungs-Dienst (SAD) in zwei öffentlichen Erklärungen Stellung genommen. In einer ersten, kurzen Vernehmlassung vom 21. August wurde die gewaltsame Unterdrückung einer sich anbahnenden freiheitlicheren Entwicklung scharf verurteilt und auf das unabdingbare Recht jenes Volkes hingewiesen, seine eigene Entwicklung ohne fremde Einmischung selbst bestimmen zu können. Eine zweite, ausführlichere Erklärung, die am 26. August der Presse übergeben wurde, befasste sich mit den Konsequenzen, die wir Schweizer aus den tragischen Geschehnissen in der Tschechoslowakei zu ziehen haben. Es scheint uns von grosser Bedeutung, dass auf lange Frist in unserem politischen Denken die Erfahrungen dieser dramatischen Augusttage berücksichtigt bleiben, auch wenn die ersten Wellen der Emotion abgeklungen sind. Im Sinne einer Empfehlung wurden deshalb der schweizerischen Oeffentlichkeit und den Behörden unseres Landes zehn Leitsätze zur Lage unterbreitet, auf die nachstehend kurz einzutreten ist.

Vorerst wird festgestellt, dass Freiheit und Demokratie nur glaubwürdig bleiben und überleben, wenn jeder mögliche Gegner von unserer geistigen und materiellen Bereitschaft zur Auseinandersetzung überzeugt ist. In Anbetracht der erneut bestätigten politischen und menschlichen Unglaubwürdigkeit kommunistischer Regime mit der Sowjetunion an der Spitze hat die bisher verbreitete Vertrauensseligkeit einer realistischeren Beurteilung der Verlautbarungen und Handlungen dieser Regime zu weichen. Sind diese Voraussetzungen vorhanden, so soll jedoch jedes zur totalitären Diktatur neigende System zu Kontakten und zur Auseinandersetzung gezwungen werden; erst neben der Wahrheit wird die Lüge als Lüge erkannt.

Der Staat und der Bürger

In bezug auf die konkreten politischen Konsequenzen ist klar zu unterscheiden zwischen den Massnahmen des Staates einerseits und dem Verhältnis nichtstaatlicher Organisationen und der einzelnen Bürger anderseits.

Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Staaten, die in der Tschechoslowakei intervenierten, ist abzulehnen; die Universalität unserer diplomatischen Beziehungen ist eine zwingende Konsequenz der Neutralitätspolitik und die Voraussetzung zur Leistung guter Dienste.

Der Atomsperrvertrag muss heute anders beurteilt werden als vor dem 21. August. Die Sowjetunion als Mitinitiantin ist weniger vertrauenswürdig denn je; entsprechend skeptisch ist ein Beitritt der Schweiz zu diesem Vertrag zu beurteilen. Eine Politik der Vorleistung scheint heute kaum angebracht zu sein. Auf keinen Fall kommt eine Unterzeichnung unter Zeitdruck in Frage.

Die Entwicklungen in der Tschechoslowakei haben nach unserer Auffassung weder für noch gegen einen Beitritt der Schweiz zur UNO neue Gesichtspunkte ergeben. Die UNO hat sich als Forum der Blossstellung der Interventionsstaaten nützlich erwiesen. Machtmässig wirksame Beschlüsse waren nicht zu erwarten.

Aktuell sind die Konsequenzen für unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie muss grosszügig, tolerant und rasch wirksam sein und dies auch ohne ähnliche aufrüttelnde Ereignisse bleiben. Ein besonderes Augenmerk ist auf die nötigen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zu richten.

Einmal mehr ist die Notwendigkeit einer umfassenden Informations- und Pressefreiheit international und in unserem Land zu betonen. Sie setzt verantwortungsbewusste Presse-, Radio- und Fernsehleute voraus und ist zu ergänzen durch eine aufgeschlossene Informationspolitik der Behörden. Dazu gehören auch klare und rechtzeitige Stellungnahmen der Regierung, die ohne überängstliche Rücksichten auf die Neutralität des Landes erfolgen sollten. Auch nach dem Abflauen der Sensation soll eine nicht abreissende umsichtige Berichterstattung über die politische Entwicklung in den von Kommunisten beherrschten Staaten dafür sorgen, dass die Machtansprüche der Unterdrücker der Tschechoslowakei nicht in Vergessenheit geraten.

Besonders ist die Frage der Kontakte mit kommunistischen Staaten und ihren Institutionen zu überdenken. Jede vorhandene Beziehung abzubrechen wäre sicher falsch. Wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Kontakte sollen dazu benützt werden, möglichst viele Einwohner der Oststaaten mit unserem freiheitlichen und demokratischen Gedankengut zu konfrontieren. In diesem Sinn bedauern wir z. B. die Verzichte der Aerztegesellschaft und des Schweizerischen Buchhändler- und Verlegervereins auf vereinbarte Kontakte.

Wer in Oststaaten reist, im Westen mit Besuchern aus dem Osten in Kontakt kommt oder wirtschaftliche Kontakte mit dem Osten pflegt, möge sich jederzeit seiner Verantwortung als Bürger eines freien Landes bewusst sein.

Die Welle von Protesten und Demonstrationen, die wir in den letzten Wochen in der Schweiz erlebten, ist als Teil der weltweiten Verurteilung des Sowjetimperialismus von politischer Bedeutung. Es ist zu hoffen, dass die vielen geäusserten Stellungnahmen nach dem Verebben der spontanen Emotionsäusserungen eine würdige

---

Ostkontakte?

(Fortsetzung von Seite 3)

ragende Ausgangsstellung (Vererbungslehre, historischer Determinismus, Relativitätstheorie, Kybernetik usw.).

c) Der Tourismus

Es ist fraglos, dass die kommunistischen Länder den Tourismus vornehmlich zur Devisenbeschaffung angekurbelt haben. Dies ist ihr Vorteil.

Der unsrige:

— Der Tourismus bindet Investitionen, die nicht zum Ausbau der staatlichen Macht eingesetzt werden können.

— Der Fremdenverkehr fördert ganz allgemein die Konsumgüterindustrie.

— Auf der menschlichen Ebene finden Begegnungen statt, die den notorischen Westhunger im Osten befriedigen helfen, solange die dortige Bevölkerung nicht bei uns Anschauungsunterricht nehmen darf. Die gegenseitigen Vergleichsmöglichkeiten werden objektiver, vorausgesetzt, dass die Leute des Westens nicht z. B. durch Protzen Unwillen erregen oder den sanften Badestrand mit dem politischen System verwechseln. Schulung und Information sollten deshalb den Blick der nach Osten Reisenden schärfen helfen.

d) Sport

Fraglos fördern die Ostländer den Sport vor allem auch deshalb stark, um indirekt die politischen Ueberlegenheiten des Systems nach innen und nach aussen zu beweisen. **Selbst der einfache Mann ist im Westen meist darüber orientiert, dass er es gerade deshalb mit Staatssportlern zu tun hat. Dies schwächt den politischen Einfluss östlicher Erfolge erheblich ab.**

Mögen die sportlichen Erfolge beim östlichen Publikum indirekt das Ansehen des Regimes stärken, so könnte eine Einschränkung der Kontakte westlicherseits gerade diese Wirkung nicht schmälern. Es würde dann höchstens heissen, der Westen sei zu schwach, um sich überhaupt zum Wettkampf zu stellen.

Anderseits sollen die positiven Seiten der sportlichen Kontakte — menschliche Begegnungen der Direktbeteiligten und gefahrloses Aggressionsventil für das Publikum — nicht übersehen werden. Die Gefahr, dass naive Leute im Westen ihre Sympathien zu östlichen Sportlern auf das Regime übertragen, kann gewiss die Leitlinie der Kontakte nicht bestimmen.

Aus diesen Gründen können die sportlichen Begegnungen grundsätzlich bejaht werden. Ebenso grundsätzlich ist aber zu wünschen, dass die westlichen Sportorganisationen nicht vorwiegend reiselustige Leute in den Osten schicken, sondern Sportler, die einem Leistungsvergleich und ebenso der Verpolitisierung des Sportes standzuhalten vermögen. ■

Am Grabe der tschechoslowakischen Freiheit

Unsere landesübliche Trauerversammlung

Von Dr. Georges Grosjean, Professor an der Universität Bern

Der Vorhang ist gefallen. Das Trauerspiel der Tschechoslowakei ist aus. Das Publikum geht heim. Der Rest, die Liquidation der 40 000 «Konterrevolutionäre», wird hinter den Kulissen des Welttheaters vorgehen. Die Empörung wird wie ein Strohfeuer wieder in sich zusammensinken, und die Welt geht zur Tagesordnung über. Man hat zur Kenntnis genommen, dass die Sowjetunion nicht duldet, dass sich ein Staat aus ihrem Machtbereich löst. Auch die Schweiz wird sich wieder schlafen legen.

Die Behörden werden sich vielleicht gegen den Vorwurf des Schlafens verwahren und beteuern, dass sie wachsam sind und alle Spione verhaften. Das hat man bei der Eröffnung der russischen Bank versichert und damit eine unglaubliche Naivität bekundet: Die Gefahr kommt gewiss nicht von den Spionen, sondern von der stetig fortschreitenden geistigen Aufweichung. Diese aber ist kein strafbarer Tatbestand.

Aus unserer Geborgenheit am sowjetischen Busen ...

Das Ereignis vom 21. August hat uns zwar gestört, weil es nicht in unser harmloses Weltbild hineinpasst. Endlich waren wir doch so weit, dass wir, ohne schief angesehen zu werden, unsere Intourist-Reise nach Moskau machen und dort das schöne Ballett und die sympathische Folklore ansehen konnten. Auch Bundesräte konnten in Moskau Fluglinien einweihen. Die friedliche Koexistenz hatte angefangen, ihre Früchte zu tragen. Die Hysterie des Antikommunismus war überwunden, und das Wort «Vietnam» war von der Presse so vielmal wiederholt worden, dass der Durchschnittsschweizer allmählich zu erkennen begann, dass die Vereinigten Staaten die wahren Störer des Weltfriedens sind oder allenfalls die schweizerischen Divisionäre und Korpskommandanten, die im Zeitalter der friedlichen Koexistenz immer noch einem ewiggestrigen Militarismus huldigen.

... zeitweilig ein bisschen gestört

In dieser Betrachtungsweise hat uns nun also der 21. August ein wenig gestört. Aber nur kurz. Schliesslich ist in Jalta die Welt in eine östliche und eine westliche Einflusssphäre geteilt worden, und die Tschechoslowakei hat nun einmal das Pech, in der östlichen zu sein. Wir aber sind in der westlichen; und uns ist friedliche Koexistenz zugesichert. Eigentlich hat die Sowjetunion den Weltfrieden nie bedroht, wenn man sie gewähren liess. Unsere Aufgabe ist es, dem Weltfrieden zu dienen, indem wir Jagd auf Antikommunisten machen und auf allen Kirchtürmen der Schweiz Vietcongfahnen hissen: das ist ungemein mutig und dabei völlig risikolos (bis ans Hinunterfallen). Wir haben die Pflicht, die 40 000 «Konterrevolutionäre» in der Tschechoslowakei, die nun abgeurteilt werden, umgehend zu vergessen, damit wir wieder empört und erschüttert vor dem Martyrium von zwei Dutzend schweizerischen Dienstverweigerern aus Gewissensgründen stehen können, denen man den Arrest von wenigen Wochen in einen Flirt mit hübschen Krankenschwestern in einem Spital umwandeln will. Am 1. August wollen wir nicht mehr teilnehmen; denn erstens ist die Feier nicht mehr zeitgemäss und zweitens ist Nationalismus antiquiert.

Biedermann und die Friedensstifter

Was wir gezeichnet haben, ist ein Bild der geistigen Verfassung der Schweiz im Sommer 1968. Diese Verfassung ist das Ergebnis von 20 Jahren systematischer Arbeit psychologischer Unterfahrung. Friedliche Koexistenz bedeutet, dass die Sowjetunion als Staat auf eine offene militärische Aggression gegen den Westen verzichtet; denn die offene Aggression bedeutet den alles vernichtenden Atomkrieg. Friedliche Koexistenz bedeutet aber nicht, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion den Anspruch aufgegeben hat, auf dem Weg der Propaganda und Agitation durch innere Umbildung der Staaten die Herrschaft über die Welt zu erlangen. Das steht im Programm Lenins, und solange die Parteikongresse sich uneingeschränkt zum Marxismus-Leninismus bekennen, besteht kein Grund zur Annahme, dass gerade dieser Punkt aufgegeben worden sei. Es gibt eine ausgefeilte Lehre vom *«revolutionären Krieg»*, das heisst von der Kunst, Völker und Staaten ohne Krieg in seinen Griff zu bekommen. Ein Vergleich dieser Lehre mit zahllosen Erscheinungen, die wir in der freien Welt und in der Schweiz beobachten können, zeigt eine dermassen schlagende Uebereinstimmung, dass wir an reine Zufälligkeit nicht glauben können.

Im Kern der Lehre vom «revolutionären Krieg» steht die *Erstellung der Revolutionslage*. Lenin sagt: *«Die Revolutionslage umfasst die Gesamtheit konvergierender Entwicklungsprozesse in allen Lebensbereichen der Gesellschaftsordnung des nichtkommunistischen Staatswesens, die zu einem solchen Reifegrad der Spannungen entweder geführt haben oder geführt werden sollen, dass der Beginn eines revolutionären Krieges gegen das nichtkommunistische Staatswesen erfolgversprechend erscheint.»* Daraus ergibt sich zweierlei: Erstens, dass sich die Erstellung der Revolutionslage auf *alle Lebensbereiche* erstreckt. Das sei jenen gesagt, die auch heute noch behaupten, Kultur, Sport und Wirtschaft seien keine politischen Dinge. Der Angreifer bestimmt, wo er gegen uns Krieg führt, und wir haben dort zu kämpfen, wo er uns angreift, und nicht dort, wo es uns gefällt. Zweitens ist aus dem Zitat zu entnehmen, dass nicht nur solche Staaten revolutioniert werden, die zufolge schlechter Wirtschafts- und Sozialzustände ohnehin revolutionsreif sind, sondern dass grundsätzlich *jeder Staat revolutionsreif geschossen werden kann*. Das sei jenen gesagt, welche selbstgefällig auf die Hochkonjunktur und die soziale Ordnung der Schweiz blicken und dann ganz verwundert sind, wenn sich auch hier plötzlich revolutionäre Zuckungen zeigen.

Die Mosaiksteinchen der Revolution sind doch so hübsch modern

Der erste Teilprozess der Revolution ist die *Kristallisation*. Sie bedeutet die Ausrichtung möglichst verschiedener Kreise auf ein gemeinsames Ziel. Das bewerkstelligt man mit Kristallisationsparolen, das heisst mit Schlagwörtern, welche unablässig wiederholt werden, nicht der kommunistischen Ideologie entnommen und für möglichst viele annehmbar sind. Wir haben das Ergebnis: heterogenste Kreise, rechtsgerichtete Theologen und extrem linke Atheisten sind in staats- und gesellschaftsfeindlicher Gesinnung zum Schulterschluss gekommen. Das hat man erreicht mit den Parolen «Atomtod» und «Vietnam». Das sind typische Kristallisationsparolen.

Eine Taktik auf dem Wege der Erstellung der Revolutionslage ist beispielsweise die *Provokation*. Sie hat zum Ziel, den staatlichen Ordnungsapparat in Misskredit zu bringen. Ein Schulbeispiel wurde in Zürich durchexerziert. Wer aufmerksam war, dem entging nicht, dass bereits Wochen vor dem Krawall das Motiv des unkorrekten Verhaltens der Zürcher Polizei wiederholt durch die ganze Presse die Runde machte.

Eine weitere Taktik ist die *Neutralisierung*. Sie hat zum Ziel, diejenigen, welche Träger des Geistes sind und nicht für die eigene Sache gewonnen werden können, gegenüber dem Staat indifferent zu machen. Auch das ist durch die Verbreitung einer gewissen snobistischen Haltung in Kreisen der Intellektuellen nicht nur der Schweiz, sondern Europas, weitgehend erreicht. Genau nach Lehrbuch.

Fortsetzung in einer konsequenten Haltung finden.

Im Ernstfall allein

Als freiheitlicher, demokratischer und neutraler Kleinstaat ist die Schweiz im Ernstfall auf sich allein gestellt. Unsere innere Bereitschaft für unser sich in Freiheit wandelndes Land muss die Grundlage dafür sein, dass wir unsere militärische Schlagkraft und unsere zivile und wirtschaftliche Abwehrbereitschaft auch dann erhöhen, wenn dies einmal ein Opfer verlangt.

All diese Feststellungen und praktischen politischen Schlussfolgerungen weisen auf die anspruchsvolle Aufgabe hin, die heute mehr denn je auf jedem verantwortungsbewussten Bürger eines freien Landes lastet. Er selbst hat sich gegen jeden Ansatz des Totalitären zu wenden, eine Aufgabe, in der er wiederum angewiesen ist auf eine umfassende und möglichst objektive Information.

Der Schweizerische Aufklärungs-Dienst erachtet es nach wie vor als seine Pflicht, zu dieser Information und zur Vertiefung des politischen Gesprächs nach bestem Wissen und Vermögen beizutragen. ■